

Vysoká škola ekonomická v Praze
Fakulta managementu
Jindřichův Hradec

Katedra společenských věd

Bakalářská práce

Štěpánka Lišková

2007

**Vysoká škola ekonomická v Praze
Fakulta managementu
Jindřichův Hradec**

Katedra společenských věd

**Die Goldenen Zwanziger:
Der Wirtschaftsaufschwung
Deutschlands**

Vypracovala:

Štěpánka Lišková

Vedoucí diplomové práce:

Dorothea Cuce

Jindřichův Hradec, květen 2007

Prohlášení:

Prohlašuji, že diplomovou práci „Die Goldenen Zwanziger: Der Wirtschaftsaufschwung Deutschlands“ jsem vypracovala samostatně. Použitou literaturu a podkladové materiály uvádím v příloženém seznamu literatury.

Jindřichův Hradec, květen 2007

podpis studenta

Die Annotation

Die Goldenen Zwanziger: Der Wirtschaftsaufschwung Deutschlands

Die Arbeit beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands vor dem Wirtschaftsaufschwung, während den sog. Goldenen Zwanzigern, und nach dem New Yorker Börsenkrach 1929. Sie untersucht die Situation in Deutschland und die Entwicklung der Stellung der anderen Großmächte zu Deutschland.

Mai 2007

Die Bedankung

Für die große Hilfe und Inspiration
will ich mich ganz herzlich bei
Frau **Dorothea Cuce**
bedanken.

Inhalt

1. Die Einführung	1
2. Vor den Goldenen Zwanzigern.....	2
2.1. Die Inflation	2
2.1.1. Die Definition	2
2.1.2. Die Ursachen	2
2.1.3. Das Preisniveau versus der Relativpreis.....	3
2.1.4. Die Redistribusioneffekte der Inflation	3
2.1.5. Ermittlung der Inflation	5
2.1.6. Die Hyperinflation.....	6
2.1.7. Die deutsche Inflation 1914 bis 1923	7
2.2. Reparationszahlungen.....	11
2.3. Die Währungsreform	16
2.3.1. Der Begriff.....	16
2.3.2. Die Gründe für Währungsreformen.....	17
2.3.3. Die deutsche Währungsreform 1923	18
2.4. Dawes-Plan	18
3. Die Goldenen Zwanziger.....	20
3.1. Die politische Beruhigung	20
3.2. Der wirtschaftlicher Aufschwung.....	21
3.3. Der Lebensstandard	21
3.4. Die Börse	22
3.4.1. Die Wertpapierbörse.....	23
3.4.2. Spekulation	23
3.4.3. Börsentrends heute.....	24
3.4.4. Das Börsenpublikum	24
3.4.5. Der Börsenkrach	25
3.5. Der Schwarze Freitag 1929.....	25

3.5.1. Der Verlauf	25
3.5.2. Die Folgen.....	27
3.5.3. Die Weltwirtschaftskrise	27
4. Die Zusammenfassung	29

1. Die Einführung

Die Goldenen Zwanziger sind eine ziemlich kurze, aber sehr interessante Kapitel der Geschichte Deutschlands. Sie umfasst die Bewältigung einer Hyperinflation, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, den rapiden Aufschwung und auch den Zusammenbruch der Wirtschaft aufgrund eines Börsenkrachs.

Meine Arbeit hat mehrere Ziele, die von der Verschiedenheit der einzelnen Zeitabschnitte abhängen. Zuerst will ich mir den Verlauf der Nachkriegsinflation, die sich zu einer Hyperinflation entwickelt hat, ansehen. Weiter werde ich die große Frage der deutschen Reparationszahlungen erwähnen, und ihren Einfluss auf die Wirtschaft Deutschlands und seine Außenpolitik untersuchen. Ein weiteres Ziel ist es die Mittel, die den Aufschwung Deutschlands in die Bewegung gesetzt haben zu untersuchen und ihre Effektivität einzuschätzen. Und letztenendlich sehe ich mir die Gründe für den New Yorker Börsenkrach an, schätze die damaligen Schutzmaßnahmen ein und vergleiche sie mit den heutigen Schutzmaßnahmen.

In dem theoretischen Teil der Arbeit erkläre ich die Hauptbegriffe, mit denen ich arbeiten werde. Wir werden uns den Begriff Inflation genauer anschauen, ihre Arten, Berechnung, Folgen und effektive Mittel zu ihrer Bewältigung. Weiter werde ich den Begriff Börse erklären, sich genauer mit der Wertpapierbörse beschäftigen, erklären die Wichtigkeit der Spekulation, und die heutigen Trends der Börse erwähnen.

In dem praktischen Teil beginne ich mit der deutschen Nachkriegsinflation, dann sehe ich mir die Reparationszahlungen an, den Beginn der Goldenen Zwanziger, die Lage während den, das abrupte Ende der Blütezeit durch den New Yorker Börsenkrach und die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die aufgrund des Krachs begonnen hat.

2. Vor den Goldenen Zwanzigern

2.1. Die Inflation

2.1.1. Die Definition

Nach Meyers Lexikon ist die Inflation ein anhaltender Prozess der Geldentwertung, der seinen Ausdruck in einem Anstieg des Preisniveaus findet. Die Inflation wird gemessen am Anstieg eines das allgemeine Preisniveau am besten widerspiegelnden Preisindex (z. B. Verbraucherpreisindex). Der prozentuale Anstieg des Preisindex in einem bestimmten Zeitraum wird als Inflationsrate bezeichnet. Nach dem Ausmaß des Anstiegs der Inflationsrate wird unterschieden zwischen schleichender Inflation (etwa 5–10 %), trabender Inflation (bis 20 %), galoppierender Inflation und Hyperinflation (über 50 %).

Andere Quellen bezeichnen die Inflation (von lat.: ‚*das Sich-Aufblasen*‘; ‚*das Aufschwellen*‘) in der Volkswirtschaftslehre als einen andauernden ‚signifikanten‘ Anstieg des Preisniveaus. Es verändert sich also das Austauschverhältnis von Geld zu allen anderen Gütern zu Lasten des Geldes. Daher kann man unter Inflation auch eine Geldentwertung verstehen.

2.1.2. Die Ursachen

Grundsätzlich wird unter einer Nachfragesoginflation und einer Angebotsdruckinflation unterschieden.

a) Nachfrageseitig

Bei der nachfrageseitigen Inflation kommt es zu einem überproportionalen Druck auf der Nachfrageseite der Wirtschaft. Obwohl die Wirtschaft schon auf voller Kapazität herstellt, sind die Verbraucher bereit und fähig mehr einzukaufen. Das könne sie aufgrund ihrer Ersparnisse und den einfachen Zugang zu den Krediten. Weil die Verbraucher mehr Güter auftreiben, die Geschäfte leeren sich, und die Preise steigen.

Man unterscheidet zusätzlich zwischen "hausgemachter" und "importierter" Nachfragesoginflation, je nach dem, ob die Nachfrage aus dem In- oder Ausland kommt.

b) Angebotsseitig

Bei der Kosteninflation kommt es zu einem überproportionalen Druck auf der Angebotseite der Wirtschaft. Ihre Ursprünge sind bei den Produktionskosten zu suchen. Dies sind primär Steigerungen der Lohn- bzw. Lohnnebenkosten, der Energiepreise oder Zinserhöhungen.

"Cost-push-Inflation" besteht, wenn ein Unternehmen z.B. durch höhere Rohstoffpreise ("importierte" Inflation) oder höhere Löhne, Steuern etc. ("hausgemachte" Inflation) höhere Produktionskosten hat. "Profit-push-Inflation" wird hingegen dadurch verursacht, dass ein Unternehmen höheren Gewinn einstreichen will.

Die Kosteninflation kann ihre Gründe auch in einer Naturkatastrophe haben, in der rapiden Löhnerhöhung der Arbeiter, die die Produktionskosten erhöht, oder in der Preiserhöhung einer Güter, die für die Produktion absolut notwendig ist und kann nicht ersetzt werden. Ein Beispiel für den letztgenannten Fall ist die Erdölerhöhung, die OPEC zwischen den Jahren 2000 und 2001 durchgeführt hat.

c) Weitere Ursachen

Zu den weiteren Ursachen gehören die Ursachen, die unabhängig von der wirtschaftlichen Situation zu einer höheren Inflationsrate führen. Es sind z.B. die Steuererhöhungen oder die staatlich administrierte Preissteigerungen.

2.1.3. Das Preisniveau versus der Relativpreis

Die Inflation bedeutet einen Anstieg des durchschnittlichen Preisniveaus der Güter und der Dienste. Man verwechselt manchmal das Preisniveau mit den Relativpreisen. Der Relativpreis stellt den Preis eines Gutes im Vergleich zu dem Preis eines anderen Gutes. So kann es dazu kommen, dass z.B. der Preis der Äpfel ansteigt, während dessen der Preis der Orangen sinkt. Da kommt es zum Anstieg des Relativpreises der Äpfel, aber es kommt zu keinem Anstieg des Durchschnittspreises des Obsts, weil der Relativpreis der Orangen gesenkt hat. Das heißt, dass nur das Preisniveau, nicht der Relativpreis, die Inflation beeinflussen.

2.1.4. Die Redistributionseffekte der Inflation

Mit Hilfe der Unterscheidung der Relativ- und Durchschnittspreisen können wir

feststellen wem die Inflation schadet und wem kommt sie zugute. Denn obwohl die Inflation für manche Leute die Verschlechterung der ökonomischen Situation bedeutet, für andere bedeutet sie eine Besserung. Die mikroökonomischen Folgen der Inflation reflektieren sich in der Redistribution des Einkommens und des Reichtums, nicht in dem allgemeinen Rückgang eines der Merkmale unseres ökonomischen Wohlstands. Zu der Redistribution kommt es, weil die Leute verschiedene Kombinationen der Güter und der Dienste einkaufen, verschiedenes Eigentum besitzen und verkaufen verschiedene Güter oder Dienste (einschließlich Arbeit). Die Auswirkungen der Inflation auf den einzelnen werden deshalb davon abhängig sein, wie sich die Preise bei den Gütern und Diensten, die jede Person wirklich einkauft oder verkauft, ändert.

a) Preiseffekte

Die Preisänderungen sind die am meisten sichtbaren Inflationsfolgen. Bei Betrachtung der Preiseffekte muss man sich das Nominal- und Realeinkommen ansehen.

Das Nominaleinkommen ist die Geldmenge, die man in einem begrenzten Zeitraum erwirbt. Es wird in der laufenden Geldeinheit gemessen.

Das Realeinkommen drückt die Kaufkraft dieses Geldes aus. Es ist in der Menge der Güter und Dienste, die man für sein Geld kaufen kann, gemessen. Man kann sagen, dass das Realeinkommen um die Inflation geregeltes Nominaleinkommen ist.

Wenn man jedes Jahr die gleiche Geldmenge bekommt, bleibt sein Nominaleinkommen gleich, aber das Realeinkommen steigt oder senkt in dem Zusammenhang zu den Preisänderungen.

Während der Inflation steigen nicht alle Preise gleichzeitig. Man kann nicht generell sagen, dass plötzlich alle Preise hoch sind. Manche Preise steigen schneller an, manche steigen nur wenig an und manche sogar in Wirklichkeit senken. Deshalb sind von dem Preisanstieg nur die Leute beeinflusst, die die Güter und Dienste mit erhöhten Preisen einkaufen.

b) Einkommenseffekte

Auch wenn alle Preise gleichmäßig ansteigen, führt die Inflation zu einer Einkommensredistribution, weil nicht alle Einkommen mit dem Preisanstieg Schritt halten können.

Negativ beeinflusst die Inflation die Leute, die das Fixeinkommen haben und die Verleiher (vor allem die Banken), die Geld für ein fixes Zinsmaß ausgeliehen haben. Während der Inflation senkt das Realeinkommen dieser Marktmitglieder.

Dagegen positiv wirkt die Inflation bei den Leuten, deren Nominaleinkommen schneller als die Preise steigt.

Allgemein kann man sagen, dass im Durchschnitt das Einkommen genauso schnell wie die Preise steigt.

2.1.5. Ermittlung der Inflation

a) Der Verbraucherpreisindex

Wird am meisten für die Inflationsermittlung genutzt. Er ist ein Mittel zu dem Messen der Schwankungen in den durchschnittlichen Preisen der Güter und Dienste.

Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex identifiziert man zuerst einen repräsentativen Warenkorb. Man muss da sie anteiligen Ausgaben der privaten Haushalte für die entsprechenden Güterkategorien berücksichtigen. Wenn man schon weiß, was die Verbraucher einkaufen ist es schon ziemlich leicht den Durchschnittspreis des Warenkorbes zu berechnen.

In der Praxis stellt sich der VPI gewöhnlich in dem Sinne einer Preisänderung des Warenkorbes zu einer konkreter Basisperiode dar. Das Preisniveau der Basisperiode stellt sich auf 100 fest.

Nicht alle Preisänderungen während des Warenkorbs haben den gleichen Einfluss auf die Inflation. Der Einfluss des konkreten Gutes auf die Inflationsrate hängt von der relativen Wichtigkeit des Gutes für den Haushalt des Verbrauchers. Diese Wichtigkeit reflektiert das Gütergewicht, das den prozentuellen Anteil des Haushalts, den der Verbraucher für dieses Gut ausgibt, darstellt.

b) Der Erzeugerpreisindex

Es existieren drei Erzeugerpreisindexe. Sie beobachten die Durchschnittspreise, die die Erzeuger betreffen.

Ein Index impliziert die Rohstoffpreise, der zweite deckt die Preise der Zwischenprodukte, und der dritte deckt das Finalprodukt. Sie orientieren sich vor allem auf

die Produzenten in dem Bereich der Schwerindustrie, der Landwirtschaft und der verarbeitende Industrie.

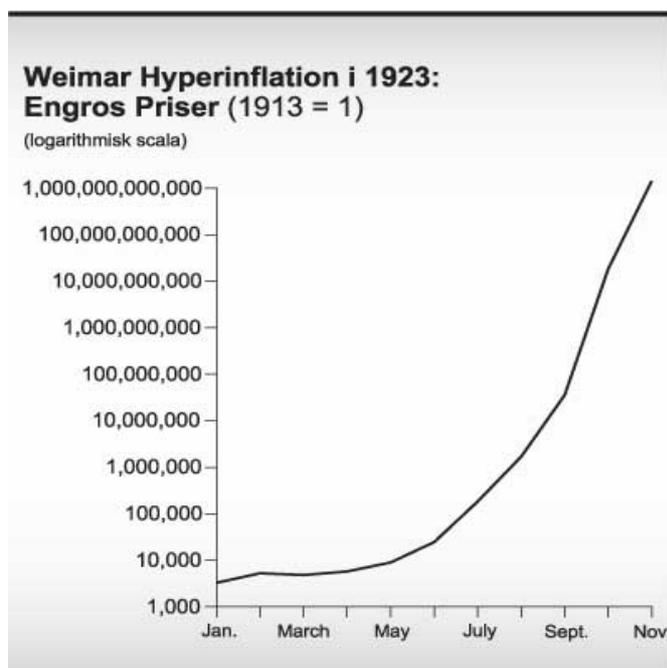
c) Der Bruttoinlandsproduktabblaser

Der breiteste Preisindex ist der sog. Bruttoinlandsproduktabblaser. Er deckt die gesamte Abgabe, einschließlich der Verbrauchergüter, der Investitionsgüter und der Regierungsdienste. Es gibt kein fixer Warenkorb. Man kann den Korb nach der Struktur des Verbrauchs und Investitionen in der Gesellschaft wechseln. Deshalb ist der BIP-Abblaser kein reiner Preisänderungsmaßstab. Sein Wert reflektiert sowohl die Preisänderungen als auch das Marktecho auf diese Preisänderungen, das sich durch ein neues Ausgabemodell ausdrückt.

2.1.6. Die Hyperinflation

Wie wir schon in der Definition der Inflation gesagt haben, kommt es zu einer Hyperinflation, wenn die monatliche Inflationsrate über 50% ansteigt. D.h. dass sie eine unkontrollierbare Inflation mit extrem hoher monatlicher Rate ist.

Damit wir uns die Hyperinflation besser vorstellen können, schauen wir uns ein Graph ein, der die Hyperinflation 1923 in Weimarer Republik darstellt.



Quelle

http://www.schillerinstitut.dk/Kampagneavis_1_juli_2006/billeder/Weimar_Hyperinflation.jpg

2.1.7. Die deutsche Inflation 1914 bis 1923

Schon vor dem Kriegsbeginn hatte die deutsche Regierung festgelegt, dass der erste Weltkrieg durch die Geldvermehrung finanziert wird, die durch die Kriegsanleihen gegenfinanziert wird. Deshalb wurde am 4. August 1914 die gesetzliche Noteneinlöschungspflicht der Reichbank in Metallgeld bzw. Gold durch die Regierung aufgehoben. Es wurde auch der Goldanker, d.h. die gesetzliche Dritteldeckung der Reichsbanknoten durch Gold, aufgehoben. So wurden die Möglichkeiten der Regierung zur Schuldenaufnahme und der Vermehrung der Geldmenge bei den Scheidemünzen und Banknoten ausgeweitet. Deutschland war von einem Siegfrieden überzeugt. Sie wollten die Kriegsanleihen durch die ‚Kriegsbeute‘ ablösen.

Je länger aber der Krieg dauerte, desto deutlicher wurde, dass Deutschland verlieren wird. Kurz vor dem Kriegsende hoffte die deutsche Regierung auf den Frieden, den der US-Präsident Marshall vorgeschlagen hat. Dieser Frieden war aber nur für die Situation gemeint, in der Deutschland immer noch eine Chance hätte, den Krieg zu gewinnen, und hätte freiwillig aufgegeben. Das war aber nicht der Fall. Denn im 1918 wurde ganz klar, dass Deutschland auf keinen Fall gewinnen kann. Deshalb waren die Siegermächte nach der Kapitulation Deutschlands zu keinen ‚Vermilderungen‘ bereit. Es kam zu vielen Verhandlungen an Pariser Vororten. Der Versailler Vertrag war eines der Ergebnisse dieser Verhandlungen. In ihm wurde trotz des deutschen Widerstandes festgelegt, dass Deutschland und seine Verbündeten die Urheber des ersten Weltkrieges sind und deshalb müssen sie die ganze Reparationslast tragen.

Die Reparationszahlungen waren nicht nur zu einer finanziellen, sondern auch zu einer politischen Last für die neu entstandene Weimarer Republik. Die neue Regierung wurde von den radikalen Parteien heftig kritisiert, dass sie die Forderungen des Versailler Vertrags annahm. Deutschland verlor alle Kolonien und zahlreiche Gebiete, musste das Rheinland demilitarisieren, die Berufsarmee auf 100 000 Mann und ca. 4000 Offiziere verkleinern, die Handelsflotte abgeben, den Generalstab auflösen und die allgemeine Wehrpflicht aufheben.

Um die Reparationen zu bezahlen und die sozialen Unruhen im Lande zu beruhigen, hat die deutsche Regierung immer mehr Geld gedruckt, ohne die notwendigen Goldreserven zu haben. Man brauchte das Geld zur Anpassung der Löhne der kleinen Arbeiter und

Angestellten an die Preisentwicklung. Schon während des Krieges nahm die Menge der Güter, die die Existenzbedürfnisse decken, für den Verbrauch im Inland ab. Viele Lebensmittel wurden für die Unterhaltung der Armee gebraucht. Deshalb stiegen die Preise aller Güter.

Die anderen Staaten, die an den Krieg beteiligt waren, haben unter den Folgen des Weltkrieges gelitten. Es kam zu einem weltweiten Konjunkturbruch während den Jahren 1921 und 1922. Deutschland konnte sich in dieser Zeit zum ersten Mal nach dem Kriegsende erholen. Es kam zu einem Wirtschaftswachstum, das stärker als das Wirtschaftswachstum der Siegermächte war.

Immer und immer versuchte die deutsche Regierung die Alliierten dazu zu bringen, die Reparationszahlungen zu senken oder sogar zu abschaffen. Es scheiterte aber immer wieder, wie wir in der folgenden Kapitel sehen werden, weil der Wirtschaftswachstum der Siegermächte auch gehemmt wurde und sie brauchten die Reparationen um die Schaden des Krieges zu decken und die Volkswirtschaft wiederzubeleben.

Weil die Reparationen nicht abgeschafft waren, behauptete die Regierung, dass sie bei der Geldvermehrung bleiben müssen. Sie waren sich sicher, dass eine stabile Währung das Wirtschaftswachstum hemmen würde. Sie fürchtete Folgen dieser Hemmung, höhere Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne, weil sie wieder zu den sozialen Unruhen und Revolutionsaufrufen führen konnten.

Die Siegermächte waren sich bewusst, dass Deutschland seine Ausgaben per Geldvermehrung deckt. Obwohl es große Verluste für ihre eigenen Geldanlagen im Deutschen Reich gebracht hat, haben sie nicht unternommen. Die Alliierten fürchteten nämlich, dass wenn sie Deutschland zu einer Währungsreform, die die Inflation beenden könnte, zwingen werden, konnte es in dem Deutschen Reich zu einer bolschewistischen Revolution wie in Russland kommen.

Am 22. Juni wurde aber der deutsche Außenminister Walther Rathenau, der von den Rechtsradikalen als ‚Erfüllungspolitiker‘ bezeichnet wurde, weil er an den Versailler Verhandlungen teilnahm, ermordet. Seine Ermordung war ein Katalysator für den rapiden Wechselkurs der Mark zu dem US-Dollar. Dies wird in der Tabelle am Ende dieser Kapitel

deutlich.

Weil die Reichregierung immer wieder mit den Reparationszahlungen nachstand, nahm die französische und belgische Regierung an sich, und ihre Truppen haben das Ruhrgebiet besetzt. Der Reichskanzler Wilhelm Cuno rief die Bevölkerung zum Generalstreik auf. Die Regierung hat den Streikenden entsprechende finanzielle Hilfe ausgezahlt. Weil sie sich aber dieses Geld wieder per Geldvermehrung beschafft haben, kam es zu immer rascher Entwertung der Mark. Damit begann die eigentliche Hyperinflation des Jahres 1923.

Es kam zu einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Es kam genau zu den Auswirkungen, die die Regierung befürchtet hat, falls sie die Währungsreform durchführen sollte – die Arbeitslosigkeit stieg, die Löhne fielen rapid und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erhielt immer mehr Anhänger.

Es wurde klar, dass der Ruhrkampf unhaltbar ist. Deshalb brach ihn der neue Reichkanzler Gustav Stresemann am 26. September ab.

Der nächste Schritt war klar. Die deutsche Regierung muss eine Währungsreform durchführen. Auch die Siegermächte bedingten weitere Verhandlungen über den Reparationszahlungen mit der Stabilisierung der deutschen Währung.

Im November 1923 wurde die Inflation durch die Währungsreform beendet. Während des Jahres 1924 stabilisierten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und in ihrer Folge auch die politischen.

In der folgenden Tabelle können wir uns noch ansehen, wie die Entwertung der Mark in der Hinsicht auf dem US-Dollar Kurs verlaufen hat.

Jeweilige Verzehnfachung des Dollarkurses seit Kriegsausbruch			
1 Goldmark = Papiermark (nominal)	Datum	Dollarkurs in Mark	Zeitraum
1	Juli 1914	4,20	k. W.
10	Januar 1920	41,98	5 1/2 Jahre
100	3. Juli 1922	420,00	2 1/2 Jahre
1.000	21. Oktober 1922	4.430,00	108 Tage
10.000	31. Januar 1923	49.000,00	101 Tage
100.000	24. Juli 1923	414.000,00	174 Tage
1.000.000	8. August 1923	4.860.000,00	13 Tage
10.000.000	7. September 1923	53.000.000,00	30 Tage
100.000.000	3. Oktober 1923	440.000.000,00	26 Tage

1.000.000.000	11. Oktober 1923	5.060.000.000,00	8 Tage
10.000.000.000	22. Oktober 1923	40.000.000.000,00	11 Tage
100.000.000.000	3. November 1923	420.000.000.000,00	11 Tage
1.000.000.000.000	20. November 1923	4.200.000.000.000,00	17 Tage

Quelle: Hermann Bente: Die deutsche Währungspolitik von 1914–1924. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 25 (1926) 1, S. 134

2.2. Reparationszahlungen

Viele gegenwärtige Wissenschaftler meinen, dass die Reparationszahlungen den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Weimarer Republik nie gehindert hätten. Sie meinen, dass sie zu der Instabilität Deutschlands eher politisch als ökonomisch beigetragen haben.

Obwohl man die Reparationen nicht als einen direkteren Grund für die deutsche Hyperinflation bezeichnen kann, haben wenigstens ihre Nebenwirkungen zu der Inflation beigetragen. Die deutsche Regierung hat z.B. während des Ruhrkampfes mehr Geld gedruckt, um die Streikenden finanziell zu unterstützen, oder hatte die Inflation bewusst auf hohem Niveau gehalten, um die Alliierten davon zu überzeugen, dass die starke Inflation die Reparationszahlungen verhindert, und sie dazu zu bringen, die Reparationen abzuschaffen. Die Beendigung der Reparationen war der wichtigste Punkt der deutschen Politik nach dem ersten Weltkrieg.

Die wichtigsten Konferenzen und Verträge, die mit den Reparationszahlungen

verbunden sind, sind in der folgenden Tabelle erwähnt. Weiter wollen wir uns jede Aktion genauer ansehen.

<u>Jahr</u>	<u>Aktion</u>	<u>Reparationszahlungen</u>	<u>andere wirtschaftliche Regelungen</u>
Januar 1920	Versailler Vertrag	20 Milliarden Goldmark (über 7 Millionen Kilogramm Gold) bis April 1921	großer Teil der Handelsflotte muss übergeben werden
Juni 1920	Konferenz von Bolougne	298 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten	
Juli 1920	Konferenz von Spa		Frankreich bekommt 52% der gesamten Reparationszahlungen, England 22%, Italien 10% und Belgien 8%, weitere Alliierten 8%
Januar 1921	Konferenz von Paris	269 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten	Dtl. muss 12% des Wertes seiner jährlichen Ausfuhren abgeben
Mai 1921	Lloyd George übergab dem dt. Botschafter in London die neuen Forderungen	132 Milliarden Goldmark in 66 Jahresraten	Dtl. muss 26% des Wertes seiner jährlichen Ausfuhren abgeben
Ende 1921	Abkommen mit Frankreich		Frankreich wird mehr Sachlieferungen statt finanzieller Leistungen erhalten

April 1922	Vertrag von Rapallo		Dtl. und die Sowjetunion verzichten auf gegenseitige Entschädigung
August 1924	Dawes-Plan	Anpassung der jährlichen Reparationszahlungen	internationale Anleihe von 800 Millionen Goldmark als Starthilfe für Dtl.
1929	Young-Plan	112 Milliarden Goldmark in 59 Jahresraten	
Juni 1932	Konferenz von Lausanne	Aufhebung der dt. Reparationsverpflichtungen	

Der erste Vertrag, in dem die Reparationszahlungen festgelegt wurden, ist der Versailler Vertrag von Januar 1920.

Im Artikel 231 des Vertrags heißt es: *„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“*

In dem Vertrag wurde festgelegt, dass Deutschland bis April 1921 20 Milliarden Goldmark bezahlen muss. Weiter musste Deutschland den gesamten Kolonialbesitz dem Völkerbund unterstellen. Insgesamt verlor das Reich 13 % seines vorherigen Gebietes und 10 % der Bevölkerung. Daneben musste auch der größte Teil der Handelsflotte übergeben werden.

Der Oberste Alliierte Rat stellte im April 1920 fest, dass Deutschland mit den Reparationszahlungen und den Kohlelieferungen im Rückstand war. Deshalb wurden auf der Konferenz von Boulogne im Juni 1920 neue Reparationszahlungen festgelegt. Deutschland sollte 296 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten an die Alliierten bezahlen.

Die Konferenz von Spa im Juli 1920 bedeutete einen Durchbruch im Ignorieren der deutschen Vertreter. Zum ersten Mal wurden die Vertreter aus Deutschland zu den Reparationsverhandlungen eingeladen. Auf dieser Konferenz wurde ein Verteilerschlüssel festgelegt. Der klärte, welchen Anteil die verschiedenen Länder von den Reparationszahlungen erhalten sollen. Frankreich sollte 52%, England 22%, Italien 10%, Belgien 8% und weitere Alliierten 8% bekommen.

Im Januar 1921 fand eine weitere Konferenz in Paris statt. Da forderten die Alliierten von Deutschland 269 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten. Außerdem musste Deutschland 12% des gesamten Wertes seines jährlichen Ausfuhrs abgeben.

Der Reichstag lehnte diese Forderungen ab und schlug in London den Alliierten die Reparationszahlungen in der Höhe von 50 Milliarden Goldmark vor. Die Alliierten haben diesen Vorschlag abgelehnt und haben am 8. März die Städte Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf besetzt.

Am 5. Mai 1921 übergab der britische Politiker David Lloyd George dem deutschen Botschafter in London die neuen Reparationsforderungen der Alliierten. Deutschland sollte 132 Milliarden Goldmark in 66 Jahresraten bezahlen. Sie forderten außerdem von Deutschland 26% des Wertes seiner jährlichen Ausfuhrs.

Diese Forderungen waren von dem Londoner Ultimatum begleitet. Es war ein auf sechs Tage befristetes Ultimatum. Die Alliierten forderten Annerkennung der neuen Reparationsforderungen. Außerdem forderten sie Auslieferung der Kriegsverbrecher und Demilitarisierung, die im Versailler Vertrag festgeschrieben wurden.

Die deutsche Regierung weigerte sich die Forderungen anzunehmen, ihr Widerstand wurde aber am 11. Mai gebrochen und die Regierung nahm die Forderungen an.

Ende 1921 wurde von der deutschen Seite ein Abkommen mit Frankreich erreicht. In dem wurde festgelegt, dass Frankreich mehr Sachlieferungen statt finanzieller Leistungen erhalten wird.

Am Rande der Wirtschaftskonferenz in Genua, während deren die Briten ihr Ziel eines Ausgleichs in Europa voranbringen wollten, haben Deutschland und die Sowjetunion den Vertrag von Rapallo beschlossen. Sie beiden verzichteten damit auf die Forderung der

gegenseitigen Kriegsentschädigung. Es war ein wichtiger Annäherungsschritt der beiden Staaten, die nach dem 1. Weltkrieg isoliert waren.

Der Rapallo-Vertrag hat die Alliierten sehr verärgert, weil es ein Schritt war, den sie nicht beeinflussen konnten. Er war auch ein Grund für die spätere Ruhrbesatzung.

Aufgrund der starken Inflation war Deutschland mit den Zahlungen sehr oft im Rückstand. Die Alliierten waren aber nur zu einzelnen, kurzen Zahlungsaufschüben bereit. Sie haben eine längere Aussetzung der Reparationszahlungen total abgelehnt.

Anfang 1923 war Deutschland mit den Zahlungen wieder in einem kleinem Rückstand. Frankreich und Belgien sahen diesen Zahlungsrückstand als Anlass zum Einmarsch ins Ruhrgebiet. Sie wollten die Reparationszahlungen direkt in Kohle einzutreiben.

Zu dieser Zeit war das Ruhrgebiet das Zentrum der deutschen Schwerindustrie. Deshalb hat die deutsche Regierung zu einem passiven Widerstand aufgerufen. Die deutsche Bevölkerung hat die Befehle der Besatzungstruppen ignoriert. Es wurden keine Reparationen mehr gezahlt. Es wurde ein Generalstreik ausgerufen, aufgrund dessen die Industrie, Verwaltung und Verkehr lahm gelegt wurden. Es kam zu vielen Sabotageakten und Anschlägen gegen die Besatzungstruppen. Die Transportzüge mit den Kohlelieferungen wurden umgelenkt und blockiert.

Die deutsche Regierung unterstützte die Streikenden nicht nur moralisch, sondern auch finanziell. Es wurden Löhne für ungefähr 2 Millionen Arbeiter im Ruhrgebiet vom Staat bezahlt. Der Staat, der wegen der Inflation nicht genügend Geldreserven hatte, hat zu diesem Zweck mehr Geld gedruckt. Das war auf längere Zeit nicht tragbar. Die Wirtschaftskrise verstärkte sich und die Inflation und die Produktions- und Steuerausfälle haben den deutschen Haushalt belastet.

Die deutsche Regierung hat mehrere Kompromissvorschläge gemacht. Die Alliierten waren aber zu den Verhandlungen bereit nur wenn der passive Widerstand beendet wird. Deutschland hoffte, dass nach dem Abbruch des Widerstands die ausländischen Truppen abziehen würden. Frankreich hat aber die ausweglose Situation Deutschlands sehr gut gekannt und war deshalb zu keinen Kompromissen bereit. Letztlich hat der deutsche Reichminister Gustav Stresemann den Abbruch des passiven Widerstands verkündet. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der Ruhrbesatzung belief sich auf 4 bis 5 Milliarden

Goldmark.

Der Young-Plan von 1929 legte fest, dass die deutsche Regierung bis 1988 112 Milliarden Goldmark bezahlen muss. Dieser Plan wurde schon im Jahre 1931 für ein Jahr durch das Hoover-Moratorium ausgesetzt. Das Moratorium setzte die Zahlungsverpflichtungen aller Staaten aufgrund der Weltwirtschaftskrise für ein Jahr aus. Das heißt, dass Deutschland nicht nur die Reparationen für ein Jahr nicht bezahlen musste, sondern zusammen mit Grossbritannien, Frankreich, Belgien und anderen europäischen Staaten die aufgenommene Kredite von USA nicht zurückzahlen müsste.

Trotz des Zahlungsaufschubs wurde die wirtschaftliche Lage in Deutschland schlimmer und schlimmer. Die deutschen Banken hatten seit dem Dawes-Plan kurzfristige Kredite in Milliardenhöhe aufgenommen. Diese kurzfristigen Kredite wurden nun gekündigt. Deshalb brach am 13. Juli das deutsche Bankensystem zusammen. Die Regierung hat die Banken für mehrere Tage per Notverordnung geschlossen. Deutschland war zahlungsunfähig.

Im Herbst 1931 wurden zwei internationale Expertenberichte, der Layton-Bericht und der Beneduce-Bericht, veröffentlicht, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands bestätigt haben. Sie waren die Grundlage für die im Sommer 1932 veranstaltete Konferenz von Lausanne. Da wurde festgelegt, dass die weiteren Reparationszahlungen aufgehoben werden, falls Deutschland die Restzahlung von drei Milliarden Goldmark in Devisen bezahlen wird. Deutschland hat die Restzahlung bezahlt und somit war das Kapitel der Reparationszahlungen der deutschen Geschichte geschlossen.

2.3. Die Währungsreform

Wie wir schon erwähnt haben, wurde die Weimarer Hyperinflation 1923 mit einer erfolgreichen Währungsreform gestoppt. In diesem Kapitel wollen wir uns den Begriff, die Gründe für Währungsreformen und die Währungsreform 1923 genauer anschauen.

2.3.1. Der Begriff

Wie man schon von den Namen Währungsreform behaupten kann, bezeichnet sie eine Änderung von relevanten Merkmalen einer Währung. Es handelt sich meistens um einen Austausch alter Währungseinheiten zu einem staatlich festgelegten Wechselkurs in Einheiten

der neuen Währung. Mit der Währungsreform wird auch eine Änderung des Namens der Währung verbunden.

Als Extremfall einer Währungsreform kann man die Einführung der Währung eines anderen Landes bezeichnen. Allgemein kann man sagen, dass der Anfang und das Ende jeder Währung durch eine Währungsreform gekennzeichnet sind.

2.3.2. Die Gründe für Währungsreformen

Es kann viele Gründe für die Währungsreformen geben. Die vier Wichtigsten sind:

1. **Beendigung einer Hyperinflation** – Die Reform wird als ein psychologisches Mittel für den Neuanfang genutzt. Sie soll den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die alte Währung beenden und die Glaubwürdigkeit der neuen Währung z.B. mit einem festen Wechselkurs zu einer preisstabilen Währung oder mit einer unabhängigen Zentralbank befestigen. Beispiele für solche Währungsreform sind Deutschland 1923, und Argentinien 1991.
2. **Beseitigung der negativen Auswirkungen der früheren Inflation** – Die langfristigen Auswirkungen der Inflation, vor allem in Form von hohen, intransparenten Preisen, kann ein Land spüren, wenn es in der Vergangenheit unter dauerhaft hohen Inflationsraten gelitten hat. Diese Auswirkungen verursachen hohe Transaktionskosten. Bei der Reform wird in diesem Fall oft eine neue Währung eingeführt, bei der im Verhältnis zum alten Zahlungsmittel nur einfach mehrere Nullen entfernt werden. Beispiele für diese Währungsreform sind Frankreich 1960, und die Einführung der neuen Türkischen Lira 2004.
3. **Politische Gründe** – Die politischen Gründe für die Einführung einer neuen Währung kommen vor, wenn ein Gebiet mit anderer Währung einem anderen Land beitrifft (Beispiel: Beitritt der DDR zur BRD 1990), oder wenn ein Land auseinander bricht (Beispiel: Tschechoslowakei 1993).
4. **konomische Gründe gemäß der Theorie optimaler Währungsräume** – Für diese Währungsreform ist das beste Beispiel die Einführung des Euro 1999. Die europäische Währung wurde nicht nur aufgrund der politischen sondern auch ökonomischen Gründe eingeführt. Durch die Einführung werden z.B. die Transaktionskosten des Handels zwischen EU-Ländern reduziert und die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen werden ausgeglichen.

2.3.3. Die deutsche Währungsreform 1923

Im Oktober 1923 wurde die Deutsche Rentenbank gegründet. Die hat ab dem 15. November 1923 die neue Währung, Rentenmark, in Münzen und kleinen Scheinen ausgegeben. Der Wechselkurs war 1 000 000 000 000 M : 1 RM, d.h. 1 Billion Papiermark zu 1 Rentenmark. Die Rentenmark war wieder durch einen Gegenwert gedeckt. Der Gegenwert bestand aus Rentenpapieren über Sachwerte von 3,2 Milliarden Goldmark. Die waren durch Hypotheken auf Immobilien der Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe gesichert.

Obwohl in Deutschland kein Zwang bestand, die Rentenmark als Zahlungsmittel anzunehmen, weil sie kein gesetzliches Zahlungsmittel war, wurde sie von der Bevölkerung angenommen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung hat eigentlich die Hyperinflation gestoppt. Hätten sich die Leute geweigert mit Rentenmark zu zahlen, wäre die Währungsreform nicht erfolgreich gewesen und man müsste neue Wege zur Beseitigung der Inflation finden. Das war aber kein Fall in Deutschland, die Inflation war schlagartig gestoppt.

Am 30. August wurde zusätzlich zur Rentenmark noch die Reichmark im Verhältnis 1 : 1 eingeführt. Man konnte weiterhin mit beiden Währungen bezahlen, sie unterschieden sich nur in dem Art ihrer Deckung. Die Rentenmark wurde durch die sog. Grundschuld gestützt. D.h. dass jeder Unternehmer, Fabrikbesitzer, Grundstück- oder Immobilienbesitzer 6% seines „Grundbesitzes“ an den Staat übertragen musste und dadurch wurde die Rentenmark gestützt. Die Reichmark wurde wieder mal klassisch durch finanzielle Güter des Staates wie Gold und Kohle gestützt.

2.4. Dawes-Plan

Der Dawes-Plan war der Starter für den deutschen wirtschaftlichen Aufschwung. Denn er regelte nicht nur die Höhe der Reparationszahlungen, sondern sicherte Deutschland auch die internationale Anleihe.

Der Plan wurde vor allem durch Druck aus Amerika und Politik von dem deutschen Reichskanzler Gustav Stresemann. Amerika wollte die wirtschaftliche Situation in Europa stabilisieren, damit die Länder wieder amerikanische Güter kaufen könnten, und deshalb hielt sie für notwendig Deutschland wirtschaftlich zu stabilisieren, weil es ein wichtiger Teil des europäischen Marktes war. Deutschland wollte auch seine wirtschaftliche Lage stabilisieren

und arbeitete ständig dran die Reparationszahlungen abzuschaffen oder wenigstens zu senken.

Am 30. November beschloss die Reparationskommission die Einberufung eines Sachverständigenausschusses. Sein Vorsitzender war der amerikanische Finanzexperte Charles Gates Dawes. Der Ausschuss sollte die wirtschaftliche Lage Deutschlands bewerten und seine Zahlungsfähigkeit beurteilen. Die Ausarbeitung wurde am 9. April vorgelegt. Weil es Deutschland gelungen hat, die Hyperinflation zu bekämpfen, waren die Alliierten bereit, die jährlichen Reparationszahlungen an Wirtschaftskraft der Weimarer Republik anzupassen. Deutschland sollte in dem Jahr 1924 eine Rate von 1 Milliarde Mark bezahlen. Bis 1928 sollten die Zahlungen auf 2,5 Milliarden Mark pro Jahr steigen. Dank eines Transferschutzes ging das Risiko bei Problemen mit der Devisenbeschaffung auf die Empfänger über. Es wurde festgestellt, dass 55% der Reparationen in Gold und der Rest in Sachleistungen erbracht wird. Die Quellen der Reparationen waren Zölle, Steuern und Zinsen und Tilgung für die Schuldverschreibungen in der Höhe von 16 Milliarden Goldmark. Die Zölle und Steuern mussten direkt abgeführt werden, mit den Zinsen und der Tilgung wurde die Industrie belastet. Um die Zahlungen zu sichern, stellten die Alliierten die Reichsbank und die Reichsbahn unter internationale Kontrolle.

Neben der Anpassung der Reparationszahlungen wurde Deutschland eine internationale Anleihe in der Höhe von 800 Millionen Goldmark gewährt. Zu dieser Starthilfe flossen bis 1929 noch 21 Milliarden Mark Kredite ausländischer Banken und Firmen nach Deutschland. Die Kredite kamen vor allem aus USA. Die Kredite brachten wesentlich zu der Stabilisierung der Weimarer Republik und zu deren goldenen Jahren bei.

3. Die Goldenen Zwanziger

Als Goldene Zwanziger bezeichnet man den Zeitabschnitt 1924 und 1929. Er ist durch die wirtschaftliche und kulturelle Blüte und die politische Beruhigung gekennzeichnet.

Den Anfang den Goldenen Zwanziger kann man in der erfolgreichen Beseitigung der Hyperinflation durch die Währungsreform 1923 und dem Dawes-Plan, der die ausländischen Kredite nach Deutschland gebracht hat.

Der Krach der New Yorker Börse und die daraus folgende Weltwirtschaft haben das Ende der Blütezeit gebracht.

3.1. Die politische Beruhigung

Während den Goldenen Zwanzigern hat die deutsche Regierung mehrere kleinere aber auch größere politische Erfolge erreicht. Neben den ausländischen Krediten, die der Dawes-Plan sicherte, wurde das Rheinland von den Alliierten geräumt, nach dem die Weimarer Republik den Young-Plan annahm, der die endgültige Regelung der Reparationsfrage darstellte. Wiedergewinnung der Kontrolle über dem Zentrum der Schwerindustrie des Landes war ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, führte aber auch zur Beruhigung der politischen Situation.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern war der Beitritt Deutschlands zu dem Völkerbund in 1926. Dadurch gewann Deutschland Vertrauen der anderen Mächte und konnte seine Konflikte mit denen mildern. Ein Schritt der Annäherung mit Frankreich, mit dem Deutschland nach dem ersten Weltkrieg die schlechtesten Beziehungen hatte, weil Frankreich von dem Krieg am meisten betroffen war, war die Unterzeichnung des Briand-Kellogs-Pakts, der die Ächtung des Kriegs als Instrument der Politik zum Inhalt hatte.

Weil sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands und das Lebensstandard der Bevölkerung nach der Bewältigung der Hyperinflation verbesserte, wendeten sich immer weniger Leute zu den radikalen Parteien und begannen die Regierung zu unterstützen.

3.2. Der wirtschaftlicher Aufschwung

Die schon mehrmals erwähnten ausländischen Kredite spielten eine wichtige Rolle in dem Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Das Geld ermöglichte den deutschen Unternehmen sich nicht nur auf die notwendige Produktion für Inland und Schwer- und Textilindustrie, die in Deutschland den größten Unternehmensanteil hatten, sondern auch auf neue Industriezweige.

Deshalb gelang es Deutschland effektiv in die neuen Industriezweige wie Automobil- und Flugzeugindustrie zu investieren. Besondere Wirtschaftsaufschwünge wurden in der optischen, chemischen und elektrotechnischen Industrie erreicht. Die Film- und Rundfunkindustrie entwickelte sich auch, was viele Filme aus dieser Zeit beweisen. Der Aufschwung wurde aber nicht nur in den neuen Industriezweigen deutlich, sondern auch in der ‚klassischen‘ Industrie. Die Schwer-, Maschinen- und Textilindustrie konnten ihre Produktion steigern. Die erweiterte Produktion brachte neue Arbeitsplätze, was zu der Beruhigung der Bevölkerungslage beitrug. Die technische Großprojekte, wie der Bau des Luftschiffs „Graf Zeppelin“, der Bau des Verkehrsflugzeugs „Dornier Do-X“ oder die Produktion des Passagierschiffs „Bremen“ bewiesen die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie.

Der Jahr 1925 wird auch als ‚Firmenboom‘ bezeichnet, weil zahlreiche Unternehmen gegründet waren. Leider überlebte nur ein winziger Anteil von denen die Weltwirtschaftskrise.

Es kam zu zahlreichen Modernisierungen der Produktion und ein großer Wert wurde auf die wissenschaftliche Forschung gelegt. Allein in dem Jahre 1925 bekamen 15 deutsche einen Nobelpreis.

Es vollzog sich eine starke Konzentration der Industrie in Großunternehmen, Konzernen und Kartellen, die dadurch den Markt beherrschten und Kleinunternehmen den Überlebenskampf auf dem Absatzmarkt erschwerten.

3.3. Der Lebensstandard

Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs konnten die Firmen neue Arbeitsplätze

bilden und die Gehälter der Arbeiter erhöhen. Dadurch erhöhte sich die Kaufkraft der Bevölkerung, was der Wirtschaft wieder half.

Dieser Zeit ist von dem Umzug der Bevölkerung von dem Lande in die Städte. Weil Landwirtschaft in schlechter Lage war, hofften sie neue Arbeitsplätze in dem Stadt zu finden.

Ein weiterer Grund für den Anstieg des Lebensstandards war die wirkungsvolle Sozialpolitik der Regierung. Durch diesen politischen Schritt wurden u.a. die Säuglingssterblichkeit, Tuberkulose und andere Krankheiten wirkungsvoll bekämpft. Die Jugend wurde durch das neu entstandene Jugendwohlfahrtsgesetz vor Ausbeutung und Verwahrlosung geschützt.

Es verbesserte sich auch die Wohnungslage der Bevölkerung. Anstatt der engen Hinterhofsviertel wurden nun mal Häuserzeilen, in denen jede Wohnung Sonnenlicht erhielt, gebaut. Die Grünflächen, Sport- u. Spielplätze sind errichtet worden. Der Sport erhob sich dadurch einen festen Platz im Leben der Masse.

Um die Bevölkerung vor der Drohung der Arbeitslosigkeit zu schützen war die Arbeitslosenversicherung errichtet.

Eine wachsende Bedeutung erhielt der Rundfunk, der mit seinen Unterhaltungssendungen eine große Masse des Volkes ansprach.

3.4. Die Börse

Die Börse ist ein Gütermarkt wie jeder anderer Markt. Sie hat aber paar Besonderheiten im Vergleich zu den anderen Märkten:

- der Börsenhandel ist gesetzlich reguliert
- man braucht eine besondere Bewilligung um an der Börse handeln zu können
- die einzelnen Handelsarten sind genau festgelegt
- Güter, mit den man an der Börse handeln kann, muss von der Börsenführung zugelassen und genehmigt werden
- der Zeit und das Ort des Handelns wird von den Börsenorganen genau festgelegt
- es wird mit einer genaueren Gütermenge gehandelt

Allgemein kann man sagen, der Unterschied darin liegt, dass auf den Märkten Güter in natura verkauft werden, während sie auf der Börse nur aufgrund des Musters oder in dem Falle des Wertpapiermarktes aufgrund des gedachten Wertpapierwertes.

Die Börsen unterscheiden sich unter sich in der Sphäre der Tätigkeiten und Funktionen, die sie erfüllen. Die Kriterien ihrer Klassifizierung können z.B. das Objekt des

Börsenhandels, die Börsenbedeutung, ihre rechtliche Stellung u.a. sein.

Aus der Hinsicht des Börsenhandelsobjektes unterscheiden wir:

- die Warenbörsen
- die Geldbörsen
- die Dienstbörsen

Aus der Hinsicht der Börsenbedeutung unterscheiden wir:

- die Börsen mit internationaler Bedeutung
- die Börsen völkisches Charakters

Aus der Hinsicht der Börsenrechtsform:

- die Börsen, die staatlich organisiert sind, und haben die Form des öffentlich-rechtlichen Instituts
- die Börsen als Korporationen der Wirtschaftsorganisationen, die überwiegend die Form der Aktiengesellschaft haben

3.4.1. Die Wertpapierbörse

Wir erkennen diese Geldbörsen:

- die Wertpapierbörsen
- befristete Finanzbörsen
- die Optionsbörsen

Die Wertpapierbörse kann man als eine direkte oder indirekte (per Computer) eigenartig organisierte Versammlung der Personen, die regelmäßig in einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet und auf der nach den gültigen Regeln und Börsenvorschriften gehandelt wird.

An den Börsen konzentrieren sich der Angebot und die Nachfrage nach Wertpapieren (sachliche Konzentration) auf einem genau festgelegten Ort (lokale Konzentration) und die zwischen professionell festgestellten Personen realisiert sind (persönliche Konzentration).

Die Wertpapierbörse ist manchmal als ‚Barometer der Ökonomie‘ bezeichnet und das vor allem in der Hinsicht auf der Bildung der Gleichgewichtspreise, den Einfluss auf die Investierung und auf die Konjunktur.

3.4.2. Spekulation

Eine spezifische Börsentätigkeit ist die Spekulation. Ihre Hauptobjekte sind die Aktien.

Die Börsenspekulation ist eine Unternehmenstätigkeit, die auf dem Erachten der bestimmten, auf die Börse wirkenden, Umstände, die die Kursbewegung bilden, welche die

Börsenhändler für ihren Gewinn ausnutzen, gegründet ist.

Der Börsenspekulant kauft die Wertpapiere für paar Stunden oder Tage (tägliche Spekulation), für paar Wochen (kurzfristige Spekulation), oder für paar Monate (langfristige Spekulation) ein, um sie mit dem Gewinn zu verkaufen. Der Gewinn ist dann der Kursunterschied, d.h. Unterschied zwischen den Einkaufs- und Verkaufskurs.

Die Börsenspekulationen haben zwei Formen:

- **Spekulation auf dem Kursanstieg** (,à la hausse') – man kauft die Wertpapiere unter der Voraussetzung ein, dass die Wertpapierkurse zu dem Termin der Zulieferung steigen, und man kann sie dann für einen höheren Kurs verkaufen
- **Spekulation auf dem Kursrückgang** (,à la baisse') – man rechnet mit dem Kursrückgang, und deshalb verkauft man die Wertpapiere, damit man sie zu einem bestimmten Termin für einen niedrigeren Preis einkauft

3.4.3. Börsentrends heute

In letzter Zeit kommt es zu einer starken Entwicklung der elektronischen Börsen.

Nach dem Grad der Nutzung der IT unterscheiden wir bei dem Börsenhandel diese Systeme:

- **Order-Routing-System** – ermöglicht den Börsenhändlern die Befehle ihrer Kunden zu sammeln, und aufgrund der automatischen Klassifizierung sie in der passenden Marktsituation dem Börsenvermittler zu erteilen
- **Quotations-Display-System** – dient vor allem zu der Information über der aktuellen Marktsituation. Eigentliche Geschäfte laufen per Telefonnetz ab.
- **Order-Executing-System** – stellt eine eigene elektronische Börse dar. Die Börsengeschäfte verlaufen ohne den Börsenparkett per Computernetz.

3.4.4. Das Börsenpublikum

Der Zugang auf die Börse ist grundsätzlich nur aufgrund einer Bewilligung des kompetenten Börsenorgans möglich. Man kann die Bewilligung entweder nur fest ausgewählten Personen, oder den ganzen Organen und Institutionen geben.

Wir haben 4 Grundgruppen der Wertpapierbörsebesucher:

- die Makler
- die Börsenhändler
- die Beamten
- die Gäste

Die Makler sind kompetente Vertreter der Maklergesellschaften oder der Banken, die Börsenmitglieder sind und die ihnen die Genehmigung, die Transaktion unter ihren Namen zu schließen, gegeben haben. Sie treten unter dem Namen und auf Rechnung ihrer Klienten, die entweder Rechtsperson, oder Privatkunde sein können.

Die Börsenhändler schließen die Geschäfte auf eigene Rechnung und unter eigenem Namen. Formal sind sie Privatkunden.

Die Beamten sind Personen, die in bestimmter Zeit zu den Börsengeschäften zugelassen sind, und schließen die Transaktionen in den Namen und auf Rechnung der Firma, deren Angestellte sie sind.

In die Kategorie Gäste gehören die Personen, die an der Börse teilnehmen können, aber ohne das Recht an den Börsengeschäften teilnehmen zu können. Es sind z.B. das Aushilfspersonal der Banken oder der Maklerfirmen, die Börsenangestellte, die Rundfunk- und Fernsehreporter u.a.

3.4.5. Der Börsenkrach

Als Börsenkrach bezeichnet man ein besonders starker Kursrückgang nicht nur einer einzelnen Aktie sondern einer ganzen Gruppe von Wertpapieren an nur einem Handelstag. Von dem Börsenkrach spricht man, wenn die Kurse um mindestens 10 Prozent innerhalb eines Handelstages gefallen sind. Oft kommt es dazu, dass ein Kurssturz an einer Börse die Kurse an anderen Börsen mit sich zieht.

Ein Börsenkrach kann mehrere Ursachen haben. Sehr oft ist die Ursache das Platzen einer sog. Spekulationsblase. Zuerst kaufen aufgrund der steigenden Kurse immer mehr Anleger Aktien, was die Bewertung der entsprechenden Spekulationsobjekte weiter in die Höhe treibt. Dann ‚platzt‘ diese Spekulationsblase, indem erste Verkäufe die Anleger dazu zu bewegen ihre Aktien auch zu verkaufen. Bei der gleichzeitigen Zurückhaltung der neuen potentiellen Käufer löst dies einen Kurssturz aus.

Weitere Ursache können die negativen Nachrichten oder Information, die sich verbreiten und die zu panikartigen Verkäufen führen können.

3.5. Der Schwarze Freitag 1929

3.5.1. Der Verlauf

Der Begriff Schwarzer Freitag wird für den Börsenkrach am Wall Street, der eigentlich am Donnerstag 24. Oktober 1929 war. In Europa benutzt man aber den Begriff Schwarzer Freitag und das Datum 25. Oktober 1929, weil die Nachricht von dem

amerikanischen Kurssturz aufgrund der Zeitverschiebung erst nach dem Börsenschluss eingetroffen ist und dadurch erst einen Tag später zur Panik an europäischen Aktienmärkten führte.

Obwohl man oft nur von einem Krach am Schwarzen Freitag spricht, war es eigentlich eine Reihe von schwarzen Tagen im Oktober 1929 am Wall Street.

Die Ursache für den Schwarzen Freitag war das Platzen der Spekulationsblase. In den zwanziger Jahren kam es zu einem unaufhaltsam scheinenden Anstieg der Aktien Dow Jones. Man sprach damals von einem ewigen Wohlstand. Wegen dieser Fehlereinschätzung riskierten sowohl die Großanleger und Firmen als auch die Kleinanleger viel. Sie nahmen die kurzfristig hohen Kredite auf, damit sie sich die Aktien kaufen könnten. Sie hofften, dass sie die Kredite mit den Gewinnen zurückzahlen werden.

Obwohl der Börsenkurs im Dezember 1928 zum ersten Mal nachgab, haben die meisten Makler und Spekulanten kein Grund zur Beunruhigung gesehen. Die US-Notenbank wollte die Kreditfinanzierung von Aktienkäufen bremsen, deshalb erhöhte sie die Zinsen der langfristigen Kredite. Die Anleger wechselten aber nur zu kurzfristigen Krediten und die Spekulationsblase blähte sich weiter auf. Der Dow Jones erreicht am 3. September 1929 sein Rekordhöchststand von 381 Punkten. Seit dem stagnierte der Kurs. Viele Kleinanleger erkannten, dass sie so ihre Kredite nicht zurückzahlen können. Im Oktober begann Dow Jones zu verlieren.

Am 24. Oktober 1929 begannen die Händler ohne einen erkennbaren Auslöser die Aktien massiv zu verkaufen. Das brachte den Kurs in den Sturzflug. Die Banken versuchten mit Hilfe beschwichtigender Meldungen und massiven Stützungskäufen die Stimmung zu beruhigen.

Am Freitag erreichte die Nachricht die europäischen Börsen. Die reagierten auf den New Yorker Börsenkrach zuerst eher optimistisch. Man erwartete nämlich, dass die amerikanischen Kreditgeber künftig ihr Geld wieder nach Europa verleihen würden, statt es an der Wall Street zu investieren.

Endgültig brach der Markt erst am Montag zusammen. Weil die Kurse zu weit gefallen waren, um die Kredite noch decken zu können, forderten die Banken ihr Geld von den Anlegern zurück. Sie zwangen die Anleger ihre als Sicherheit hinterlegten Aktien zu

verkaufen. Dies führte wieder zu den massiven Verkäufen zu jedem Preis. Das Handelsvolumen stieg immer weiter. Die Kurse fielen immer tiefer und tiefer bis Sommer 1932. Dow Jones erreichte den Wert von 41 Punkten.

3.5.2. Die Folgen

Viele Anleger blieben hochverschuldet. Die Firmen mussten Bankrott anmelden. Es kam zu Massenentlassungen, die Arbeitslosigkeit stieg rapid an.

In Europa hatten noch die meisten Länder Schulden in den USA aus der Zeit des ersten Weltkrieges. Amerika zog nun ihr Geld zurück. Die Weltwirtschaftskrise setzte ein. Am härtesten trafen die Folgen des Börsenkrachs USA. Das amerikanische Bruttosozialprodukt brach in dieser Zeit um 28 Prozent ein.

Am zweithärtesten trafen die Folgen des Krachs Deutschland. Das Land war aufgrund der Kredite bei USA verschuldet und durch die Reparationszahlungen stark belastet. Nur vor sechs Jahren hat es Deutschland gelungen, die Hyperinflation zu überwinden und schon war hier andere große Krise. Die Regierung Heinrich Brüning setzte auf harte Deflationspolitik. Die öffentlichen Gehälter wurden um 25 Prozent vermindert. Die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden stark gekürzt. Die Nachfrage brach zusammen, hohe Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Extremistische Parteien errangen immer mehr Wähler. Die meisten neuen Wahlstimmen hat die rechtsorientierte NSDAP unter Hitler gewonnen.

Damit man einen Börsenkrach solcher Größe in der Zukunft verhindern könnte, erließen alle Börsen Regeln, die bei extremem Kursverfall den Handel zeitweise aussetzen und somit die entstehende Panik zu bändigen. Hinzu kamen weitere Restriktionen wie z.B. zur Kreditfinanzierung von Aktiengeschäften.

3.5.3. Die Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise beendete die sog. Goldenen Zwanziger. Sie bezeichnet den 1929 einsetzenden schweren volkswirtschaftlichen Einbruch in allen Industrienationen. Mit ihr sind die Unternehmenszusammenbrüche, massive Arbeitslosigkeit und Deflation verbunden.

Der Krach am New Yorker Börse führte zu einer Umkehr der Finanzströme. Das Geld,

das Amerika in den Jahren davor als Kredite nach Europa investierte, wurde abgezogen. Das führte in vielen europäischen Staaten zu einer schweren wirtschaftlichen Krise. Der Welthandel würde in nächsten Jahren durch die protektionistischen Maßnahmen der einzelnen Staaten wie z.B. Schutzzölle gehemmt.

Der Beginn des zweiten Teils der Wirtschaftskrise ist durch die deutsche Bankenkrise gekennzeichnet. Es war ein Beginn der ‚Hyperdeflation‘.

Von 1925 bis 1929 flossen nach Deutschland die ausländischen Kredite in der Höhe von 21 Mrd. RM, während dessen nur 7,7 Mrd. RM von Deutschland ins Ausland flossen. Ein Großteil der aufgenommenen Kredite war kurzfristiger Natur. Sie wurden aber bis 1929 regelmäßig verlängert. Hätten die ausländischen Gläubiger ihr Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken verloren, müssten sie die Kredite binnen drei Monate zurückzahlen.

Im Juni 1931 erklärte der Reichkanzler Brüning als innenpolitischen Gründen öffentlich die Reparationen für ‚unerträglich‘. Das war ein Signal für die ausländischen Gläubiger, dass Deutschland bald zahlungsunfähig sein wird. Deshalb zogen die Gläubiger ihre Devisen im Wert von mehrerer Milliarden RM von den deutschen Banken ab.

Nachdem im Juli 1931 eine der Berliner Großbanken illiquide geworden war, kam noch ein massenhafter Ansturm der Bevölkerung an die Banken hinzu.

Um die Bankenkrise zu überwinden, wurden die Banken für mehrere Tage geschlossen und unter der Kontrolle der Regierung gestellt. Die Börse blieb monatelang geschlossen.

Die Weltwirtschaftskrise gilt erst im Jahre 1933 als überwunden. In dieser Zeit hat Hitler bereits die Macht in Deutschland ergriffen.

4. Die Zusammenfassung

Die Arbeit hatte mehrere Ziele. Schauen wir uns sie jetzt einzeln an.

Das erste Ziel war die Betrachtung der Entwicklung der Nachkriegsinflation in die Hyperinflation. Der eigentliche Grund für diese schreckliche Entwicklung war die unaufhaltsame Geldvermehrung der deutschen Regierung. Wegen den sozialen Unruhen im Lande wollte sie keinen drastischen Schritten gegen die wachsende Inflation durchführen und blieb sie bei der Geldvermehrung, ohne die notwendigen Goldreserven zu haben. Neben den möglichen sozialen Unruhen war der weitere Grund für das Aufhalten der Inflation die deutsche Bestrebung die Alliierten davon zu überzeugen, dass Deutschland zahlungsunfähig ist. Diese Taktik scheiterte aber, und brachte die Besetzung des Ruhrgebiets durch französischen und belgischen Truppen. Der Aufruf der deutschen Regierung zum Generalstreik brachte zu einer weiteren Geldvermehrung bei, weil die Regierung die Streikenden nicht nur moralisch, sondern auch finanziell unterstützen hat. Es kam zu immer rascher Markentwertung und die Inflation entwickelte sich in die Hyperinflation. Daraus können wir sehen, dass, obwohl viele deutsche Wissenschaftler behaupten die Reparationszahlungen seien der Grund für die deutsche Hyperinflation 1923, hatten sie nur eine Nebenwirkung, und die größte Schuld an den Entscheidungen der deutschen Regierung liegt.

Das zweite Ziel war Einschätzung des Einflusses der Reparationszahlungen auf die Wirtschaft und Außenpolitik Deutschlands. Man kann sagen, dass die Reparation vor allem eine politische Belastung für Deutschland waren. Die Politiker waren immer wieder von den Radikalen angegriffen, dass sie eine ‚Erfüllungspolitik‘ machen, indem sie immer wieder neue Verträge, die die Zahlungen regelten, unterschreiben. Das Bestreben der Regierung die Zahlungen aufgrund der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands abzuschaffen, haben gescheitert, und die Ökonomik dezimiert. Dieses Bestreben verschärfte auch die schon schlechten Beziehungen mit Frankreich, das von dem Krieg am meisten betroffen war. Man kann aber sagen, dass mit dem Zeit, und vor allem nach der Bewältigung der Hyperinflation, die Großmächte das Vertrauen in Deutschland wiedergewonnen haben, was z.B. Deutschlands

Beitritt zu Völkerbund 1926 beweist.

Das dritte Ziel war Untersuchung der Mittel, die den Wirtschaftsaufschwung gebracht haben und ihre Effektivität einschätzen. Man kann sagen, dass den Aufschwung vor allem die erfolgreiche Währungsreform, die die Hyperinflation gestoppt hat, und der Dawes-Plan gebracht haben. Die Währungsreform war zweifellos sehr effektiv. Obwohl es gesetzlich nicht gegeben war, dass die Bevölkerung mit der neuen Währung bezahlen muss, haben sie die Reichsmark sofort angenommen und die Hyperinflation wird damit abrupt beendet. Mit dem Dawes-Plan ist es ein bisschen schwieriger. Auf einer Seite brachte er nach Deutschland ausländische Kredite, die die Wirtschaft belebt haben und es ermöglicht haben in neue Industriezweige zu finanzieren. Auf anderer Seite machte er aber Deutschland von den Krediten stark abhängig. Obwohl man behaupten könnte, dass die deutsche Wirtschaft profitiert und auch ohne die ausländische Hilfe funktionieren kann, erwies sich nach dem New Yorker Börsenkrach das Gegenteil. Die Wirtschaft ist ohne die Kredite zusammengebrochen. Deshalb meine ich, dass der Dawes-Plan nicht das effektive Mittel war, denn er hat nur eine kurze Scheinblüte gebracht, die aber nicht für einen längeren Zeitabschnitt erträglich wäre.

Das letzte Ziel war sich die ehemaligen Schutzmaßnahmen gegen den Börsenkrach anzusehen und sie mit den heutigen zu vergleichen. In dem Jahre 1929 war die US-Notenbank noch ziemlich unerfahren. Deshalb hat sie nur aus heutiger Sicht absolut ungenügende Maßnahme gemacht. Sie hat die Zinsen der langfristigen Kredite erhöht um die Kreditfinanzierung der Aktienkäufe zu bremsen. Das erwies sich als völlig nutzlos, weil die Anleger nur zu kurzfristigen Krediten wechselten und die Spekulationsblase blähte sich weiter auf. Nach dem New Yorker Börsenkrach haben alle Börsen neue Regeln erlassen, die solcher Situation vorkommen sollen. Die Regeln stellen fest, dass der Handel zeitweise ausgesetzt werden kann. Das verhindert Ausweitung der Panik und den Massenverkauf um jeden Preis. Dazu kommen noch weitere Restriktionen wie z.B. Kreditfinanzierung von Aktiengeschäften. Diese Schutzmaßnahmen haben gesichert, dass kein folgender Börsenkrach so hart ausgegangen ist wie der New Yorker Börsenkrach 1929.

Seznam použité literatury

- [1] BRADLEY R. SCHILLER: MAKROEKONOMIE, ISBN 80-251-1169-X, nakladatelství Computer Press 2004, vydání první

- [2] VÁCLAV BENEŠ, PETR MUSÍLEK: BURZY A BURZOVNÍ TRHY, ISBN 80-85427-25-7, nakladatelství INFORMATORIUM, vydání druhé aktualizované a rozšířené

- [3] JITKA VESELÁ: BURZY A BURZOVNÍ TRHY, ISBN 80-245-0939-3, nakladatelství Oeconomica, vydání první

- [4] EBERHARD JÄCKEL: NĚMECKÉ STOLETÍ, ISBN 80-7203-617-3, nakladatelství Argo 2004, vydání první

- [5] GOLO MANN: DĚJINY NĚMECKA 1919 - 1945, ISBN 80-202-0441-5, nakladatelství Český spisovatel 1993, vydání první

- [6] DAGMAR MOLAVCOVÁ, PETR BĚLINA: KAPITOLY Z DĚJIN MEZINÁRODNÍCH VZTAHŮ 1914 - 1941, ISBN 80-86130-04-5, nakladatelství Institut pro středoevropskou kulturu a politiku, vydání druhé přepracované a rozšířené

- [7] JOSEF VLČEK: VÝKLADOVÝ LEXIKON POJMŮ TRŽNÍ EKONOMIKY, ISBN 80-85605-26-0, nakladatelství Victoria Publishing 1992, vydání první

- [8] VLADIMÍR NÁLEVKA: SVĚTOVÁ POLITIKA VE 20.STOLETÍ I., ISBN 80-902261-4-0, nakladatelství Aleš Skřivan ml. 2000, vydání první

- [9] www.de.wikipedia.org